

**PRESSEMITTEILUNG**

## **Bürger.Courage unterzeichnet Appell an die Staatsregierung**

Bürger.Courage e.V.  
Prießnitzstraße 18  
01099 Dresden

presse@buerger-courage.de  
www.buerger-courage.de

**Die Nominierten des Sächsischen Förderpreises für  
Demokratie wollen sich nicht zu „Überwachungsbehörden“  
machen lassen**

22. November 2010

Gemeinsam mit anderen Nominierten richten sich die Preisträger des Sächsischen Förderpreises für Demokratie Bürger.Courage e.V. und Akubiz e.V. mit einem Appell an die Sächsische Staatsregierung. Im Mittelpunkt steht die Ablehnung der sogenannten „Extremismusklausel“, die von allen Nominierten des Sächsischen Förderpreises für Demokratie unterzeichnet werden musste.

In dem Appell lehnen die Nominierten den Inhalt der „Extremismusklausel“ ab. Ihrer Ansicht nach stellt die Klausel Projekte und Initiativen für Demokratie unter einen Generalverdacht, nicht auf dem Boden der Demokratie zu stehen – und fordert sie auf, diesen Generalverdacht an ihre Mitarbeiter und Partner weiterzugeben und sie entsprechend zu überwachen. „Diese Forderung ist besonders kritisch zu sehen, weil die NPD seit Jahren versucht, demokratisches Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus als ‚Linksextremismus‘ zu diffamieren“, so Christian Demuth von Bürger.Courage. „Bürger.Courage setzt sich seit Jahren konsequent und öffentlich für Demokratie ein. Diese Klausel ist für uns als Gewinner des Demokratiepreises ein Schlag ins Gesicht.“

Demuth warnt vor den Konsequenzen: „Die Staatsregierung schiebt uns hier eine Aufgabe zu, die ein ehrenamtlicher Verein nicht bewältigen kann – und auch nicht sollte“, so Demuth weiter. „Die Klausel würde uns an unserer eigentlichen Arbeit hindern. Wir sind keine staatliche Überwachungsbehörde. Die Regierung erhöht die Hürden für demokratisches Engagement in der Gesellschaft, wenn sie so etwas von uns abverlangt.“

Bürger.Courage begrüßt den Appell der Nominierten. Das entschlossene und gemeinsame Auftreten der Nominierten sei ein wichtiges Signal an die Staatsregierung. Dieser müsse klar werden, dass sie Gefahr begehrt, das zarte Pflänzchen einer aktiven, demokratischen Zivilgesellschaft in Sachsen zu zertreten. „Wenn engagierte Bürgerinnen und Bürger künftig schon deswegen in Verdacht geraten sollen, ‚extremistisch‘ zu handeln, weil sie sich für Demokratie engagieren, hat die NPD schon gewonnen“, meint Demuth.